

Entschließungsantrag

**der Abgeordneten Andrea Lederer, Heinrich Graf von Einsiedel, Steffen Tippach,
Dr. Willibald Jacob, Dr. Winfried Wolf, Gerhard Zwerenz und der Gruppe der PDS**

**zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1995
— Drucksachen 13/50, 13/414, 13/528, 13/966, 13/529 —**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert:

1. die türkische Invasion in den Nordirak als Aggressionskrieg zu verurteilen und die türkische Regierung zum sofortigen Rückzug ihrer Truppen aus dem Irak aufzufordern,
2. sich innerhalb der VN und der OSZE für eine Verurteilung der Invasion einzusetzen,
3. sich für die Entsendung einer Beobachterdelegation der VN in den Nordirak und der OSZE in die kurdischen Gebiete der Türkei einzusetzen,
4. innerhalb der NATO auf die Einstellung jeglicher militärischer Unterstützungsleistungen an die Türkei hinzuwirken,
5. innerhalb der EU darauf hinzuwirken, daß das Zollabkommen mit der Türkei nicht in Kraft tritt, solange sich die Türkei nicht aus dem Irak zurückgezogen und die Menschenrechtsverletzungen in den kurdischen Gebieten der Türkei nachprüfbar eingestellt hat,
6. bei der Regierung der USA gegen die politische Unterstützung der Invasion und die Weitergabe von AWACS-gestützten Daten an das türkische Militär zu protestieren,
7. die Vereinbarung über die Unterstützungsleistungen an die Türkei von 150 Mio. DM für den Bau von zwei MEKO-Fregatten nicht nur auszusetzen, sondern ersatzlos aufzukündigen,
8. sämtliche anderen Vereinbarungen über militärisch nutzbare Unterstützungsleistungen an die Türkei sofort ersatzlos aufzukündigen,
9. ein generelles und unbefristetes Exportverbot für militärisch nutzbare Güter an die Türkei zu verhängen,

10. ein international abgestimmtes humanitäres Hilfsprogramm für die kurdische Bevölkerung im Nordirak aufzulegen,
11. einen unbefristeten Abschiebestopp für kurdische Flüchtlinge aus der Türkei und dem Irak zu verfügen,
12. sich für eine politische Lösung und Verhandlungen zwischen der türkischen Regierung und den kurdischen Unabhängigkeitsbewegungen einzusetzen und in einem ersten Schritt Kontakte und Gespräche zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln.

Bonn, den 30. März 1995

Andrea Lederer

Heinrich Graf von Einsiedel

Steffen Tippach

Dr. Willibald Jacob

Dr. Winfried Wolf

Gerhard Zwerenz

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Die bisherige Politik der Bundesregierung gegenüber der Türkei in der Kurdenfrage vermittelt in der Öffentlichkeit, vor allem aber gegenüber der Türkei, den nicht unbegründeten Eindruck, die Bundesregierung unterstütze die türkische Kurdenpolitik bis hin zur Invasion in den Nordirak. Dies führt dazu, daß sich die türkische Regierung in ihrem menschen- und völkerrechtswidrigen Vorgehen gegen die Kurden zusätzlich bestärkt fühlt und mit vermehrter Aggression agiert. Die in der Entschließung vorgeschlagenen Maßnahmen könnten ein Beitrag sein, mäßigend auf die türkische Regierung einzuwirken und die Lage zwischen der türkischen und kurdischen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland zu entspannen.